

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Planungsangelegenheiten am 11.05.2010**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Herr Jürgen Busse	CDU
Herr Frank Sänger	CDU
Herr Michael Sprung	CDU
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.
Herr Thomas Felke	SPD
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD
Martina Wildgrube	FDP
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Christian Feigl	SKE
Herr Ingo Kautz	SKE
Herr Rainer Köhne	SKE
Herr Dieter Lehmann	SKE
Herr Dieter Schika	SKE

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Lothar Dieringer	parteilos
Herr Uwe Heft	parteilos
Frau Claudia Cappeller	SKE
Frau Undine Klein	SKE
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Beschlussvorlagen
  - 4.1. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 133 "Erweiterung Gewerbegebiet Bruckdorf" - Änderung des Aufstellungsbeschlusses  
Vorlage: V/2010/08746
  - 4.2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 133 "Erweiterung Gewerbegebiet Bruckdorf" - Vorabwägungsbeschluss  
Vorlage: V/2010/08747
  - 4.3. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 133 "Erweiterung Gewerbegebiet Bruckdorf" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung  
Vorlage: V/2010/08748
  - 4.4. Baubeschluss Ausbau Große Nikolaistraße, Abschnitt Kleine Marktstraße - Kleinschmieden  
Vorlage: V/2010/08758
    - 4.4.1 Änderungsantrag des Stadtrates Olaf Sieber (DIE LINKE. Fraktion) zur Beschlussvorlage Baubeschluss Ausbau Große Nikolaistraße, Abschnitt Kleine Marktstraße - Kleinschmieden (Vorlagen-Nr.: V/2010/08758)  
Vorlage: V/2010/08899
  - 4.5. Antrag der Evangelischen Luthergemeinde zur Umbenennung der Haltestelle "Am Grünen Feld" in "Lutherkirche" gemäß Punkt 2 des Stadtratsbeschlusses vom 14.12.2001 (Beschluss-Nr. IV/2005/05461)  
Vorlage: V/2010/08830
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 5.1. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion: Eingemeindung nach Halle  
Vorlage: V/2010/08630
    - 5.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der FDP-Fraktion Eingemeindung nach Halle (V/2010/08630)  
Vorlage: V/2010/08668
    - 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP-Fraktion: Eingemeindung nach Halle (Vorlagen-Nummer: V/2010/08630)  
Vorlage: V/2010/08670
    - 5.1.3 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der FDP-Fraktion Eingemeindung nach Halle (V/2010/08630)  
Vorlage: V/2010/08735
  - 5.2. Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Schaffung einer Zufahrt und Parkplätzen am Nachbarschaftszentrum Pustebblume Halle-Neustadt  
Vorlage: V/2010/08558

- 5.3. Antrag der CDU-Fraktion zur möglichen Einführung einer Umweltzone  
Vorlage: V/2010/08612
- 5.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2009/08544
- 5.5. Antrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zur Benennung einer Straße  
Vorlage: V/2010/08724
- 5.6. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Gestaltung privater Parkplätze in Bebauungslücken  
Vorlage: V/2009/08149
- 5.7. Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Rücknahme eines Beschlusses im Stadtrat  
Vorlage: V/2010/08557
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 6.1. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Verkehrsdatenerhebungen und Verkehrsaufkommen  
Vorlage: V/2009/08501
7. Beantwortung von mündlichen Anfragen
8. Mitteilungen
- 8.1. Bericht zum erreichten Stand der Umsetzung der Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2010/08777
- 8.2. mündliche Information zur beabsichtigten konzeptionellen Weiterentwicklung des Zentrums Halle-Neustadt
- 8.3. Information zum Antrag der SPD-Fraktion zur Nutzung der Freifläche des ehemaligen Regierungspräsidiums in der Willy-Lohmann-Straße (Beschluss-Nr. V/2009/08318)
- 8.4. Information zur Sitzung des Gestaltungsbeirates am 01.03.2010 - öffentlicher Teil  
Vorlage: V/2010/08778
9. Anregungen

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Herr Sänger** eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Top 4.4 Baubeschluss Ausbau Große Nikolaistraße, Abschnitt Kleine Marktstraße – Kleinschmieden Vorlage-Nr.: V/2010/08758

zusätzlich aufgenommen

Top 5.7 Antrag der Evangelischen Luthergemeinde auf Umbenennung der Haltestelle „Am Grünen Feld“ in „Lutherkirche“ gemäß Punkt 2 des Stadtratsbeschlusses vom 15.12.2005 (Beschluss-Nr. IV/2005/05461)

wurde nach Top 4.5 verschoben

### **Abstimmungsergebnis:**

mit Änderungen einstimmig angenommen

## **zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

---

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

## **zu 4 Beschlussvorlagen**

---

### **zu 4.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 133 "Erweiterung Gewerbegebiet Bruckdorf" - Änderung des Aufstellungsbeschlusses Vorlage: V/2010/08746**

---

Top 4.1 bis 4.3 wurden gemeinsam diskutiert

**Herr Wendler** erläuterte das Planungsanliegen. Es gab keine Fragen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

### **Beschlussvorschlag:**

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 133 „Erweiterung Gewerbegebiet Bruckdorf“ (Beschluss-Nr.III/2003/03441 vom 26.03.2003) erfolgt künftig gemäß §12 BauGB als vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 133 „Erweiterung Gewerbegebiet Bruckdorf“.
2. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Geltungsbereiches. Der geänderte Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr.133 „Erweiterung Gewerbegebiet Bruckdorf“ umfasst ein ca. 9,5 ha großes Gebiet, welches begrenzt wird durch die nördliche Straßenbegrenzungslinie der Messestrae, sowie im Norden durch die Gleistrasse der Deutsche Bahn und im Osten durch die vorhandene Gewerbebebauung. Der Geltungsbereich umfasst das Flurstück 677 der Flur 2 der Gemarkung Kanena (siehe Anlage 1).
3. Der Stadtrat billigt das in der Zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung beschriebene neue Planungsziel.

**zu 4.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 133 "Erweiterung Gewerbegebiet Bruckdorf"**  
**- Vorabwägungsbeschluss**  
**Vorlage: V/2010/08747**

---

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

1. Den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange, der im Zuge des Beteiligungsverfahrens nach § 4 Abs 1 BauGB bereits zur Stellungnahme aufgeforderten Behörden, sowie im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung zum Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 133 „Erweiterung Gewerbegebiet Bruckdorf“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne den beteiligten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abzuwägende Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angaben der Gründe mitzuteilen.

**zu 4.3 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 133 "Erweiterung Gewerbegebiet Bruckdorf"**  
**- Beschluss zur öffentlichen Auslegung**  
**Vorlage: V/2010/08748**

---

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 133 „Erweiterung Gewerbegebiet Bruckdorf“ sowie die Begründung einschließlich Umweltbericht zum Entwurf in der Fassung vom 15.03.2010.
2. Der Entwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr.133 „Erweiterung Gewerbegebiet Bruckdorf“ sowie die Begründung einschließlich Umweltbericht zum Entwurf vom 15.03.2010 sind öffentlich auszulegen.

**zu 4.4 Baubeschluss Ausbau Große Nikolaistraße, Abschnitt Kleine Marktstraße - Kleinschmieden**  
**Vorlage: V/2010/08758**

---

**Herr Wagner** erläuterte den Baubeschluss.

**Frau Wildgrube** fragte, warum den Gestaltungsgrundsätzen zum Sanierungsgebiet in Bezug auf die Wiederverwendung historischen Materials nicht entsprochen wird?

**Herr Wagner und Herr Lunebach** erläuterten, dass nicht ausreichend Material zur nutzungsgerechten Wiederverwendung vorhanden ist und dies auch einen erhöhten Aufwand erfordern würde. Aus diesem Grund ist man bereits bei anderen Straßen in der Altstadt zu Betonpflastersteinen mit Natursteinvorsatz übergegangen. Die Verwendung von neuem Granitsteinpflaster würde zu verschiedenen Nachteilen (z. B. erhöhte Rollgeräusche und Kosten) führen.

**Herr Feigl** schlug vor, eine ehrliche neue Gestaltung anzustreben und die Straßen mit einer Schwarzdecke zu versehen und nicht historische Tatsachen durch Betonstein vorzutäu-

schen. Dies sei „denkmalgerechter Mumpitz“. Er war der Meinung, dass bei ordentlicher Organisation ausreichend Originalmaterial vorhanden wäre.

**Herr Sprung** sagte, dass die Organisation für die Wiederverwendung historischen Materials hervorragend funktioniert.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen 9

Nein-Stimmen 1

mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Vergabeausschuss beschließt die Durchführung der Baumaßnahme Ausbau/ Umgestaltung der Großen Nikolaistraße zwischen Marktstraße und Kleinschmieden gemeinsam mit der HWS GmbH und der EVH GmbH.

**zu 4.4.1 Änderungsantrag des Stadtrates Olaf Sieber (DIE LINKE. Fraktion) zur Beschlussvorlage Baubeschluss Ausbau Große Nikolaistraße, Abschnitt Kleine Marktstraße - Kleinschmieden (Vorlagen-Nr.: V/2010/08758)  
Vorlage: V/2010/08899**

---

**Herr Sieber** erläuterte seinen Änderungsantrag, eine Fahrradspur von Kleinschmieden in die Große Nikolaistraße anzulegen.

**Herr Lehmann und Herr Sprung** sprachen dagegen, mit der Einrichtung einer Radquerung würde sich ein Konflikt zwischen Radverkehr und Fußgänger ergeben. Die Nutzung des Gehweges durch Fußgänger ist in diesem Bereich sehr intensiv.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen 1

Nein-Stimmen 5

Enthaltungen 4

mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

Ergänzend zur Vorlage wird zwischen der Fahrbahn Kleinschmieden und dem östlichen Fahrbahnde Große Nikolaistraße eine Radspur für Zweirichtungsverkehr vorgesehen

**zu 4.5 Antrag der Evangelischen Luthergemeinde zur Umbenennung der Haltestelle "Am Grünen Feld" in "Lutherkirche" gemäß Punkt 2 des Stadtratsbeschlusses vom 14.12.2001 (Beschluss-Nr. IV/2005/05461)  
Vorlage: V/2010/08830**

---

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen 9

Enthaltungen 1

einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Auf Antrag der Evangelischen Luthergemeinde Halle vom 20.01.2010 wird die Haltestelle „Am Grünen Feld“ zum nächsten Fahrplanwechsel der HAVAG umbenannt in „Lutherkirche“.

**zu 5           Anträge von Fraktionen und Stadträten**  
**zu 5.1       Antrag der FDP-Stadtratsfraktion: Eingemeindung nach Halle**  
**Vorlage: V/2010/08630**

**Abstimmungsergebnis:**

einschließlich dem angenommenen Änderungsantrag unter Top 5.1.1

Ja-Stimmen 4

Nein-Stimmen 4

Enthaltungen 2

mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat Halle fordert den Landtag von Sachsen-Anhalt auf, bei der Zwangseingemeindung der kreisangehörigen Gemeinden, die sich in unmittelbarer Nachbarschaft zu Halle befinden, diese in die Stadt Halle einzugemeinden und nicht in Ortschaften des Saalekreises.

Dabei handelt es sich um Braschwitz, Hohenthurm, Peissen, Brachwitz, Döblitz, Domnitz, Gimritz, Nauendorf, Neutz-Lettewitz, Plötz, Rothenburg und Angersdorf.

**zu 5.1.1     Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der FDP-Fraktion**  
**Eingemeindung nach Halle (V/2010/08630)**  
**Vorlage: V/2010/08668**

---

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen 5

Nein-Stimmen 2

Enthaltungen 3

mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat fordert die Oberbürgermeisterin auf, mit dem Ziel einer Eingemeindung nach Halle, (nochmals) Verhandlungen mit den Gemeinden Angersdorf, Brachwitz, Braschwitz, Hohenthurm und Peißen aufzunehmen.

Der Stadtrat ersucht die Landesregierung um wohlwollende Begleitung der Verhandlungen.

**zu 5.1.2     Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag**  
**der FDP-Fraktion: Eingemeindung nach Halle (Vorlagen-Nummer:**  
**V/2010/08630)**  
**Vorlage: V/2010/08670**

---

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen 3

Nein-Stimmen 5

Enthaltungen 2

mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

Satz 2 des Beschlusstextes wird geändert und erhält folgende Fassung:

**Dabei handelt es sich um Angersdorf, Braschwitz, Hohenthurm, Peißen und Brachwitz.**



**zu 5.1.3 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der FDP-Fraktion Eingemeindung nach Halle (V/2010/08630)  
Vorlage: V/2010/08735**

---

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen 2  
Nein-Stimmen 6  
Enthaltungen 2  
mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat Halle fordert Landtag und Landesregierung auf, unabhängig von dem zum Jahresende 2010 geplanten Abschluss der Gemeindegebietsreform, eine sachgerechte Lösung der Stadt-Umland-Problematik herbeizuführen.

Neben notwendigen Eingemeindungen der am engsten mit der Stadt Halle verflochtenen Gemeinden bzw. Einheitsgemeinden schließt das eine verbindliche Abstimmung in Planungsfragen zwischen der Stadt und ihrem Umland ein.

**zu 5.2 Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Schaffung einer Zufahrt und Parkplätzen am Nachbarschaftszentrum Pustebume Halle-Neustadt  
Vorlage: V/2010/08558**

---

**Abstimmungsergebnis:**

vertagt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine für Pkw geeignete Zufahrt, von der Straße „Zur Saaleue“ zum Nachbarschaftszentrum Pustebume, sowie mehrere Parkplätze am Nachbarschaftszentrum zu schaffen.

**zu 5.3 Antrag der CDU-Fraktion zur möglichen Einführung einer Umweltzone  
Vorlage: V/2010/08612**

---

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen 6  
Nein-Stimmen 2  
Enthaltungen 2  
mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung in den Verhandlungen zur möglichen Einführung einer Umweltzone mit dem Landesamt für Umweltschutz und dem Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt auf die Beantragung einer Fristverlängerung um 5 Jahre gemäß Artikel 22 der Richtlinie 2008/50/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2008 über Luftqualität und saubere Luft für Europa hinzuwirken. Weiter sind in der notwendigen Überarbeitung des Luftqualitätsplanes (Luftaktionsplans) andere Maßnahmen als die ultima ratio Umweltzone zu bevorzugen.

**zu 5.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: V/2009/08544**

---

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen 4

Nein-Stimmen 6

mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) schließt die Option der Direktvergabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrages zur Erbringung von Verkehrsdienstleistungen an die HAVAG entsprechend Artikel 5 der EG-Verordnung über öffentliche Personennahverkehrsdienste auf Schiene und Straße (EG VO 1370/2007) grundsätzlich nicht aus.
2. Die Beauftragung der HAVAG mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen und die Gewährung öffentlicher Zuschüsse und/oder ausschließlicher Rechte ist an einen dem ab 2009 geltenden neuen EU-Recht gerecht werdenden Verkehrsleistungs- und Finanzierungsvertrag (VLFV) und an die Erfüllung der vom EuGH definierten Kriterien im Urteil „Altmark Trans“ Az. Rechtssache C-280/00 gebunden.
3. Zur Sicherung der regional bedeutsamen Straßenbahn-Überlandlinie 5 wird die Oberbürgermeisterin beauftragt, gemeinsam mit dem Saalekreis eine „Zweckgemeinschaft“ zur Sicherung des Auftretens als „zuständige Behörde“ im Sinne des Art. 5 Abs. 2 EG VO 1370/2007 zu bilden.

**zu 5.5 Antrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zur Benennung einer Straße**  
**Vorlage: V/2010/08724**

---

**Abstimmungsergebnis:**

vertagt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt, eine Straße nach Heinrich Pera zu benennen.

**zu 5.6 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Gestaltung privater Parkplätze in Bebauungslücken**  
**Vorlage: V/2009/08149**

---

**Herr Feigl** sagte, dass die Nutzung der Brachflächen als Parkplätze grundsätzlich zu unterbinden ist, da in der Altstadt kein Parksuchverkehr entstehen sollte. Das Verkehrskonzept für die Altstadt sei zu berücksichtigen.

**Herr Lunebach** erläuterte, dass das städtebauliche Ziel des Verkehrskonzeptes, keinen normalen Zugangsverkehr in die Altstadt zu lassen, nicht mehr zulässig ist. Tiefgaragen und nutzbare Privatparkplätze müssen erreichbar sein. Weiterhin sei das ursprüngliche Sanierungsziel der Wiederbebauung von Baulücken nicht in jedem Einzelfall umsetzbar. Eine Abgrenzung der privaten Parkflächen zum öffentlichen Raum ist deshalb notwendig.

**Herr Felke** bedauerte, dass diese Abgrenzung nicht im gesamten Stadtgebiet angewendet werden kann.

**Herr Feigl** sagte, dass alle Möglichkeiten ausgelotet werden müssen, um den Verkehr aus der Altstadt herauszuhalten.

**Herr Lehmann** sagte, dass die Nutzung von Bauflächen als Parkplätze nur eine temporäre Lösung sein kann, da das Bauland zu wertvoll ist.

**Herr Sprung** sprach sich ebenfalls für die Möglichkeit einer temporären Nutzung von privaten Abbruchflächen für private Parkplätze aus.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen 7

Enthaltungen 3

einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Regelung zur Gestaltung von privaten Parkplätzen in Bauungslücken der Altstadt zu erarbeiten, die den Genehmigungen für Parkplätze/Parkhöfe zukünftig zu Grunde gelegt wird.

**modifizierter Beschlussvorschlag der Verwaltung**

Die Verwaltung wird beauftragt, Anträge von Gebäudeabbrüchen und Nutzungsänderungen bestehender Baulücken im Sanierungsgebiet „Historischen Stadtkern“ nur unter der Voraussetzung zu genehmigen, wenn das Grundstück zum öffentlichen Raum abgegrenzt wird, um das Stadtbild nicht dauerhaft durch Bebauungslücken nachhaltig zu stören und zu beeinträchtigen. Die Abgrenzungen müssen sich qualitativ in die Umgebung einfügen.

Diese Gestaltungsvorgabe konkretisiert die vom Stadtrat in seiner Sitzung am 23.03.1993 beschlossenen Sanierungsziele zur Erhaltung der historischen Stadtstruktur.

**zu 5.7 Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Rücknahme eines Beschlusses im Stadtrat  
Vorlage: V/2010/08557**

---

**Frau Riedel** bat den Antragsteller, den Antrag zurückzustellen und so einen „Schnellschuss“ zu vermeiden. Bis 2018 gibt es keine Einschränkungen. Die Verwaltung hat vorgeschlagen, eine Konzeption zu allen Friedhöfen zu erarbeiten. Diese liegt im nächsten Jahr vor und sollte Grundlagen für weitere Entscheidungen sein. Die Diskussion in der Öffentlichkeit zum Friedhof Neustadt war sehr emotional. Es wäre gut, die Wiederholung dieser Diskussion zu vermeiden. Zurzeit gibt es keinerlei Beschwerden von Bürgern.

**Herr Sänger** war der Meinung, dieses Thema mit der Rücknahme des Beschlusses zu entscheiden und damit ein Signal an die Öffentlichkeit zu geben.

**Herr Felke** sprach sich gegen eine endgültige Abstimmung zum Antrag aus. Man solle auf die Konzeption warten. Auch die neue Gebührensatzung wird in diesem Jahr kommen.

**Herr Fikentscher** wies darauf hin, dass die Friedhofsgebühren in der gesamten Stadt steigen, wenn der Beschluss aufgehoben wird.

**Herr Busse** sagte, dass Möglichkeiten gefunden werden müssen, die den Bürger seiner Kultstätten nicht berauben.

**Herr Sieber** meinte, dass mit dem Beschluss zur Schließung des Friedhofes Neustadt die Vermeidung der Gebührenerhöhung auf Kosten der Neustädter ausgetragen wurde.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen 6

Nein-Stimmen 3

Enthaltungen 1

mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Beschluss „Außerdienststellung Friedhof Halle-Neustadt“ (Vorlage-Nr.: IV/2008/07314) vom 27.08.2008 wird aufgehoben.

## zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

---

### zu 6.1 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Verkehrsdatenerhebungen und Verkehrsaufkommen Vorlage: V/2009/08501

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen. Es gab keinen Diskussionsbedarf.

## zu 7 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

- **Herr Feigl** fragte, warum die Abbrucharbeiten des ehem. GRAVO-Druck Gebäudes in der Ludwig-Wucherer-Str. unterbrochen wurden und ob eine weitere Beräumung des Grundstückes erfolgen wird?

*Es erfolgt eine schriftliche Antwort der Verwaltung.*

- **Herr Menn** fragte nach dem Grundstück Seebener Str. Ecke Mötzlicher Str. (abgerissener Garagenkomplex mit Grünfläche)? Was passiert dort ? Wird die Grünfläche versiegelt?

*Es erfolgt eine schriftliche Antwort der Verwaltung.*

- **Herr Sieber** fragte, welcher Art die umfangreichen Bauarbeiten an der Halle-Saale-Schleife sind? Warum diese durchgeführt wurden und ob dafür ein Bedarf bestand?

*Es erfolgt eine schriftliche Antwort der Verwaltung.*

- **Frau Wildgrube** fragte nach dem Planungsstand Nahversorgermarkt Alfred-Oelßner-Straße?

**Herr Lunebach/ Herr Wendler** antworteten, dass die gutachterlichen Untersuchungen zum Verkehr und zum Schallschutz noch nicht abgeschlossen sind. Nach der Sommerpause (August/ September) ist ein Ergebnis zu erwarten.

- **Herr Feigl** fragte nach dem Standort für den evtl. geplanten Neubau eines Hortes an der Petruskirche? Soll dieser auf der Grünfläche oder der Abbruchfläche errichtet werden?

**Herr Lunebach** antwortete, dass es umfangreiche Planungen für diesen Standort gibt. Möglichkeiten sind eine Sanierung mit Ergänzungsbau bis hin zu einem Neubau. Es ist kein B-Planverfahren notwendig. Eine abschließende Entscheidung liegt nicht vor. Die Grünfläche ist ebenso in die Möglichkeiten einbezogen wie die Abbruchfläche.

- **Herr Feigl** fragte nach dem Stand der Planungen für das GWZ in der Emil-Abderhalden-Straße? Ist der Stadt bekannt, dass ein umfangreicher Abbruch denkmalgeschützter Gebäude vorgesehen ist? Ist die Stadt für die Baugenehmigungen zuständig? Wie kann die Stadt intervenieren?

**Herr Lunebach** erläuterte, dass ein zwischen Stadt und Land abgestimmtes Konzept vorliegt. Die Stadt ist über Veränderungen informiert, schriftlich liegt nichts vor. Dies ist Voraussetzung für weitere Abstimmungen. Die Vorlage im Gestaltungsbeirat wird von der Stadt angestrebt. Für die Baugenehmigung ist der Landesbaubetrieb zuständig. Die Stadt wird in planungsrechtlicher Sicht beteiligt. Für etwaige Abrissgenehmigungen denkmalgeschützter Gebäude ist die Obere Denkmalschutzbehörde zuständig.

- **Herr Kautz** fragte nach der Gestaltung des Hubertusplatzes. Der Netto-Markt wurde abgerissen, was passiert dort weiter?

**Herr Lunebach** antwortete, dass ein neuer Markt gebaut wird.

- **Herr Lehmann** fragte, ob wegen der Umleitungsstrecke Klausbrücke im Zuge der Straßenarbeiten am Curieplatz der Fußgängerüberweg am Hansering in Richtung

HWG-Eingang verschoben werden kann, um Staus zu vermeiden und ob die ange-  
dachte Signalisierung gleich mit realisiert wird?

**Herr Roesler** antwortete, dass sowohl die Signalisierung als auch die Verlegung des  
Fußgängerüberweges gemäß verkehrstechnischer Untersuchungen keine Verbesserung  
des Verkehrsflusses bringen und deshalb von einer Realisierung abgesehen wird.

## **zu 8        Mitteilungen**

---

**Herr Lunebach** informierte, dass die geplante Erweiterung des Reha-Zentrums auf der Sali-  
ne in den nächsten Jahren abschnittsweise erfolgt.

Für das Gelände der ehemaligen Kaserne Lettin wurde ein Käufer gefunden, der Bebau-  
ungsplan wird fortgeführt, es entsteht ein EFH-Standort.

### **zu 8.1       Bericht zum erreichten Stand der Umsetzung der Radverkehrskon- zeption der Stadt Halle (Saale)**

**Vorlage: V/2010/08777**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Kenntnis genommen

### **zu 8.2       mündliche Information zur beabsichtigten konzeptionellen Weiter- entwicklung des Zentrums Halle-Neustadt**

**Herr Lunebach** führte in das Thema ein, **Herr Wendler** stellte die Visualisierungen vor.

Das weitere Vorgehen wurde wie folgt besprochen:

Die Verwaltung gibt das Material der Visualisierung zur Diskussion in die Fraktionen.

Die Verwaltung steht für die Begleitung des Diskussionsprozesses zur Verfügung.

Im August wird auf die TO des PA eine Diskussion zum Thema aufgenommen.

**Herr Sieber** fragte nach der angekündigten Vorlage zu den „Eingängen Zentrum Neustadt“?

**Herr Lunebach** kündigte diese für den nächsten PA an.

**Herr Dr. Köck** bezog sich auf das geplante Budget für das Zentrum Neustadt und fragte, ob  
ein offener Ideenwettbewerb daraus finanziert werden kann?

**Herr Lunebach** sagte, dass dies erfolgen soll.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Kenntnis genommen

### **zu 8.3       Information zum Antrag der SPD-Fraktion zur Nutzung der Freifläche des ehemaligen Regierungspräsidiums in der Willy-Lohmann-Straße (Beschluss-Nr. V/2009/08318)**

**Herr Felke** fragte, ob auf der Grünfläche hinter dem ehem. Jugendamt oder auf dem Gebiet  
der Dürerschule ein weiterer Spielplatz für das Paulusviertel realisiert werden kann?

**Herr Lunebach** bestätigte, dass ein weiterer Bedarf für Spielplatzflächen besteht. Da das  
Paulusviertel in keinem Fördergebiet liegt, müsste dieser aus Eigenmitteln der Stadt oder  
Sponsoring finanziert werden. Hier liegt das Problem.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Kenntnis genommen

### **zu 8.4       Information zur Sitzung des Gestaltungsbeirates am 01.03.2010 - öffentlicher Teil**

**Vorlage: V/2010/08778**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Kenntnis genommen

**zu 9 Anregungen**

Anregungen wurden nicht vorgebracht.

Für die Richtigkeit:

Datum: 18.05.2010

---

Frau Schmiedehaus  
Protokollführerin

Herr Lunebach  
Amtsleiter

Herr Sänger  
Vorsitzender